

Interpellation SP-GRÜ-Fraktion vom 24. Februar 2015

Auswirkungen der Aufhebung der Frankenuntergrenze auf den st.gallischen Werkplatz

Schriftliche Antwort der Regierung vom 28. April 2015

Die SP-GRÜ-Fraktion stellt in ihrer Interpellation vom 24. Februar 2015 fest, dass mit der Aufhebung der Frankenuntergrenze der Schweizer Franken deutlich an Wert gewann. Dies könne für exportabhängige Unternehmen auf längere Sicht gravierende Konsequenzen haben. Betroffen seien vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund von Arbeitszeitverlängerungen, Lohndruck, Euro-Löhnen usw. Auf der anderen Seite verbillige die Frankenstärke die Einfuhr von Rohstoffen und Waren. Die SP-GRÜ-Fraktion geht von einer Mischrechnung aus, in der die Vor- und Nachteile gegengerechnet werden. Vor diesem Hintergrund interessiert sich die Fraktion für eine genauere Übersicht über die Situation der st.gallischen Industrie.

Die Regierung antwortet wie folgt:

1. Am 15. Januar 2015 hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) entschieden, die Wechselkurs-Untergrenze von Fr. 1.20 je Euro aufzuheben. Dieser Entscheid stellt die gesamte Schweizer Wirtschaft vor grosse Herausforderungen.

Die Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und die positiven Konjunkturanzeichen in der Weltwirtschaft liessen die Ostschweizer Unternehmen zu Beginn des ersten Quartals 2015 noch optimistisch planen. Laut Konjunkturumfrage, die die ecopol ag im Auftrag der St.Galler Kantonalbank (SGKB) und des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) durchführt, ist in keiner anderen Region der Schweiz der Geschäftsgang zu Beginn des ersten Quartals 2015 besser bewertet worden als in der Ostschweiz (Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden). Die Umfrage ist jedoch von den meisten Teilnehmenden noch vor dem 15. Januar 2015 beantwortet worden. Damit blieb der SNB-Entscheid weitgehend unberücksichtigt.

Die Beurteilung des Auftragsbestands und der technischen Produktionskapazitäten in der Industrie entsprachen weitgehend den Vorquartalen. Die Erwartungen der Industrie jedoch befanden sich zu Beginn des laufenden Jahres unter dem Niveau des Jahres 2014. Die Bautätigkeit lag trotz der Winterzeit im letzten Quartal nur unwesentlich unter dem Vorquartal. Der Auslastungsgrad ist sogar von 72 auf 75 Prozent angestiegen. Etwas verschlechtert hat sich die Ertragssituation. Die Nachfrage nach Wohneigentum ist jedoch hoch geblieben, so dass die Preise in der Ostschweiz im Vergleich zu anderen Regionen überdurchschnittlich angestiegen sind.

Die Regierung rechnet nach dem SNB-Entscheid mit einem deutlichen Rückgang dieses Optimismus. Sie teilt jedoch die Meinung des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO), dass über mehrere Quartale hinweg keine rückläufige Wirtschaftsentwicklung zu erwarten ist. Trotzdem dürfte es zu einer temporären Konjunkturdelle kommen, hingegen nicht zu einer Rezession.

2. Der Kanton St.Gallen liegt bezüglich Exportorientierung über dem Schweizer Durchschnitt, rund zwei Drittel gehen in den Euro-Raum. Insbesondere im St.Galler Rheintal ist der Aussenhandel – auch im Vergleich zu den anderen Regionen – von zentraler Bedeutung. Der Wert der Exporte ist dort fast 2,5-mal so gross wie in der Region Wil, die den zweitgrössten Wert

aufweist (Stand 2014). Zudem exportieren St.Galler Unternehmen zu einem grossen Teil Güter aus der Metall-, Elektro- und Maschinenindustrie, die eine hohe Preiselastizität aufweisen. Damit sind diese Unternehmen – und ihre Zulieferer – von allfälligen höheren Kosten im Vergleich zu ausländischen Konkurrenten ganz besonders betroffen.

Im Jahr 2014 haben die Exporte aus dem Kanton St.Gallen gegenüber dem Jahr 2013 um 3,3 Prozent zugenommen. Getragen wurde dieses Wachstum insbesondere von landwirtschaftlichen Produkten, Nahrungs- und Genussmitteln (+7 Prozent), Metallen (+8 Prozent), chemischen Produkten (+8 Prozent), Fahrzeugen (+14 Prozent), Textil/Bekleidung (+15 Prozent) und Maschinen, Apparaten und Elektronik (+1 Prozent). Rückläufig waren die Exporte von Präzisionsinstrumenten sowie von weiteren, umsatzmässig weniger bedeutenden Warenarten. Deutschland ist mit rund 30 Prozent der wichtigste Kunde. Dorthin stagnierten die Exporte, während sie nach Österreich, Frankreich und Italien zulegen konnten. Mit einem Plus von rund 160 Mio. Franken (+11 Prozent) erzielten die USA, als zweitbesten Kunde des Kantons St.Gallen, den höchsten Zuwachs.

Es existieren kaum kurzfristig wirkende Massnahmen, um die Nachteile zu mildern, die durch die hohe Bewertung des Frankens gegenüber dem Euro entstehen. Umso mehr sieht die Regierung ihre wirtschaftspolitische Hauptaufgabe darin, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die St.Galler Wirtschaft zu schaffen. Dies hat sie in ihrer wirtschaftspolitischen Strategie «Wirtschaftsstandort 2025»¹ (WS2025) bereits formuliert. Auch der Marktzugang zu ausser-europäischen Ländern soll weiter unterstützt werden. Unter anderem zu diesem Zweck ist im Jahr 2012 von den Kantonen St.Gallen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Auserrhoden und Thurgau das erfolgreiche AsiaConnectCenter zusammen mit der Universität St.Gallen gegründet worden. Dieses unterstützt den Marktzugang einheimischer Betriebe in den asiatischen Märkten.

3. Etliche Waren und Dienstleistungen aus dem Euro-Raum sind für Schweizer Unternehmen nach dem SNB-Entscheid rund 20 Prozent billiger geworden. Ob und welche Auswirkungen dies auf die St.Galler Wirtschaft bzw. auf den St.Galler Arbeitsmarkt hat, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht endgültig beurteilt werden.
4. Der Wert der Güter, die in den Jahren 2005 bis 2014 in den Euro-Raum exportiert wurden, ist um 230 Mio. Franken oder 4 Prozent gesunken. In derselben Zeit stieg der Wert der Güter, die für alle übrigen Exportmärkte bestimmt waren, um 1'557 Mio. Franken oder 40 Prozent. Zu dieser Zunahme beigetragen haben insbesondere die Überseemärkte mit einer Zunahme von 1'216 Mio. Franken (USA +827 Mio. Franken oder +103 Prozent, Rest-Übersee +389 Mio. Franken oder +20 Prozent).

Aus diesen Gründen nahm der Exportanteil in den Euro-Raum in den Jahren 2005 bis 2015 von 58 auf rund 50 Prozent ab, während der Anteil der Nicht-Euro-Länder sich um gut 8 Prozent auf ebenfalls rund 50 Prozent erhöht hat. Diese Entwicklung zeigt, dass durch die langfristige Entwicklung hin zu neuen Absatzmärkten die einseitige Abhängigkeit der St.Galler Exportwirtschaft in den vergangenen Jahren etwas gemildert worden ist. Die weitere Internationalisierung und Diversifizierung der Exportmärkte ist ein wichtiges Ziel, das die Regierung im WS2025 formuliert hat. In absoluten Zahlen ist der Euro-Raum aber nach wie vor klar der wichtigste Exportmarkt.

¹ http://www.awa.sg.ch/home/Weitere_Themen/wirtschaftsstandort-2025.html

Export										
Beträge in Mio. Franken										
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
EURO-Länder	5'560	5'991	6'832	6'600	5'240	5'580	5'694	5'241	5'265	5'330
Rest-EU	926	1'194	1'369	1'373	1'073	1'110	967	942	976	1'025
EFTA	57	60	74	80	73	66	65	58	60	73
Rest-Europa	285	348	430	429	333	336	439	391	391	511
USA	804	969	1'093	1'274	1'032	1'219	1'194	1'364	1'472	1'631
Rest-Übersee	1'867	2'081	2'082	1'982	1'855	2'162	2'343	2'106	2'315	2'256
Total	9'499	10'643	11'880	11'738	9'606	10'473	10'702	10'102	10'479	10'826

Auch bei den Importen ist die Bedeutung des Euro-Raums abnehmend; aber auf sehr hohem Niveau (von 84 Prozent auf 72 Prozent). Dieser hohe Importanteil wirkt sich gegenwärtig kurzfristig günstig auf die Konkurrenzfähigkeit der st.gallischen Wirtschaft aus. Mittelfristig wird sich zeigen, ob viele Produzenten auf günstigere ausländische Zulieferer umsteigen werden. Dies könnte sich dann mit einiger Verzögerung auf die Beschäftigung bei den einheimischen Zulieferbetrieben auswirken.

Import										
Beträge in Mio. Franken										
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
EURO-Länder	6'296	7'195	8'114	8'362	6'580	6'922	7'157	6'406	6'662	6'430
Rest-EU	487	578	724	633	539	587	606	671	741	784
EFTA	18	24	21	27	25	25	27	27	28	20
Rest-Europa	39	45	62	86	74	102	110	138	162	171
USA	174	159	187	168	140	148	149	197	210	199
Rest-Übersee	525	631	797	769	612	736	730	1'361	1'304	1'293
Total	7'539	8'632	9'905	10'045	7'970	8'520	8'779	8'800	9'107	8'897

5. Währungsabsicherungen erfolgen auf privatrechtlicher Basis, vornehmlich zwischen Banken und Unternehmen. Teilweise erfolgen sie auch durch sogenanntes «Natural Hedging», z.B. durch eine neue Beschaffungspolitik, eine andere Vertragswährung oder einen neuen Standort. Die Regierung verfügt über keine Daten dazu.
6. Laut der Konjunkturumfrage, die die ecopol ag im Auftrag der SGKB und des AWA durchführt, sind die Geschäfte im Detailhandel von Stabilität gekennzeichnet, sowohl beim Umsatz als auch bei den Erträgen. Die Geschäftslage vor dem 15. Januar 2015 wurde von der Mehrheit der Detaillisten als befriedigend beurteilt. Etwas Sorgen bereitete der Branche die abnehmende Kundenfrequenz. Auch die Erwartungen zeichneten sich durch Konstanz aus.

Nach dem SNB-Entscheid sind die Erwartungen durchwegs gedämpft. Einerseits wirken sich konjunkturelle Unsicherheiten auf die Konsumentenstimmung aus. Andererseits befürchtet der Detailhandel, dass der Einkaufstourismus noch zunehmen und anhalten wird und die Margen noch stärker unter Druck kommen. Zahlen zu den Grossverteilern liegen der Regierung nicht vor.

7. Die aktuellen Probleme, vor denen einige Unternehmen nach dem SNB-Entscheid stehen, können nicht von der Politik allein gelöst werden. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen diese Herausforderungen gemeinsam angehen. Als stark exportorientierte Volkswirtschaft in einem kleinen Binnenmarkt sind zwei Faktoren für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts St.Gallen entscheidend: Einerseits eine hohe Innovation und andererseits die internationale Vernetzung. Dies hat namentlich auch die St.Galler Unternehmen stark gemacht. Deshalb ist die Regierung der Meinung, dass der Erhalt der bilateralen Verträge von massgeblicher Bedeutung ist, weil die Schweizer und namentlich die St.Galler Wirtschaft auf sichere und verlässliche Marktzugänge angewiesen ist. Zudem sind kostentreibende Marktzugangshindernisse zu vermeiden.

Die möglichen geldpolitischen Massnahmen sind Sache der SNB, die unabhängig von Wirtschaft und Politik entscheidet. Umso mehr sieht sich die Regierung in ihrer volkswirtschaftlichen Hauptaufgabe bestärkt, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die St.Galler Wirtschaft zu schaffen.

Um durch die hohe Bewertung des Frankens entstehende kurzfristige Nachteile für die Exportwirtschaft zu mildern, existieren kaum rasche und zielführende staatliche Fördermassnahmen. Ein entsprechender Aktionismus ist auch fehl am Platz. Eine Ausnahme bildet die Entschädigung für Kurzarbeit. Dabei handelt es sich um eine Entschädigung für eine vorübergehende Reduktion oder vollständige Einstellung der Arbeit in einem Betrieb. Die arbeitsrechtliche Beziehung von Arbeitgeber und Arbeitnehmenden bleibt dabei erhalten.

Kurzarbeit soll vorübergehende Beschäftigungseinbrüche ausgleichen und die Arbeitsplätze erhalten. Dieses Arbeitsmarktinstrument hat sich schon in der Vergangenheit bewährt. Beispiele dafür sind im Jahr 2009 der Zusammenbruch der Finanzmärkte oder im Jahr 2011 der Zusammenbruch des Euro-Franken-Kurses auf Parität.